

## Zentrum für Antisemitismusforschung

Nr. 26  
Dezember 2003

## NEWSLETTER

### ANTISEMITISMUSSTUDIE IM RAMPENLICHT

Im Auftrag des European Monitoring Centre on Racism and Xenophobia/Europäische Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit (EMUC) in Wien verfassten Prof. Werner Bergmann und Dr. Juliane Wetzel im letzten Jahr den Bericht „Manifestations of Anti-Semitism in the European Union – First Semester 2002 - Synthesis Report“, der sowohl einen Überblick über die antisemitische Welle im Frühjahr 2002 in den 15 EU Mitgliedsstaaten gibt, als auch eine Analyse der Ereignisse bietet. Das EMUC stellte den Autoren Informationen ihrer „National Focal Points“ zur Verfügung, die in den 15 Mitgliedsstaaten eingerichtet worden sind, um dem EMUC entsprechende Daten für seine Beobachtungsaufgaben im Hinblick auf Diskriminierungen von Minderheiten und Fremdenfeindlichkeit bereit zu stellen. Da die Beobachtung des Antisemitismus bisher allenfalls als Teil der Erfassung von Diskriminierungen betrachtet wurde und viele der „National Focal Points“ nicht in der Lage sind, das besondere Phänomen des Antisemitismus zu erfassen, reichte die Qualität der Informationen, die den Autoren von Seiten des EMUC zur Verfügung standen, von sehr gut bis wenig informativ. Darüber hinaus hatte das EMUC die „National Focal Points“ um eine Datenerfassung für den Zeitraum Mitte Mai bis Mitte Juni 2002 gebeten, die eigentliche antisemitische Welle setzte jedoch bereits kurz nach den Ereignissen in Dschenin und Bethlehem ein, d.h. im April 2002. Die Autoren der Studie, die bereits seit Jahren zum aktuellen Antisemitismus forschen, haben die fehlenden Daten ergänzt, die Berichte für die Niederlande und Großbritannien komplett selbst verfasst (hier lagen keine EMUC Informationen vor) und einen Überblick über die Situation im ersten halben Jahr 2002 geliefert, der auch auf die Weiterentwicklung in der zweiten Hälfte des Jahres eingeht und feststellt, dass die Welle wieder ein Tal erreichte, allerdings auf vergleichsweise hohem Niveau.

Der Bericht war im Oktober 2002 fertig gestellt und wurde vertragsgemäß dem EMUC übermittelt. Anschließend erfolgten noch mehrere Überarbeitungsphasen. Kritische Einwände seitens des Management Boards des EMUC wurden – so weit wissenschaftlich vertretbar – berücksichtigt und neue Informationen hinzugefügt. Die letzte Fassung, in der noch einige wenige Ergänzungen und Änderungen vorgenommen wurden, liegt seit Januar 2003 beim EMUC, das die Studie unter Verschluss hielt. Im November 2002 fand ein Workshop in Brüssel statt, zu dem das EMUC einige Mitglieder des EMUC-Management Boards, das über die Publikation zu befinden hatte, sowie Experten aus verschiedenen Ländern und die Autoren der Studie eingeladen hatte. Die bereits fertige Studie stand den Teilnehmern nicht zur Verfügung, die Autoren konnten jedoch einige Ergebnisse präsentieren. Im Gegensatz zu den Pressemeldungen des EMUC fand dieses Meeting nicht vor Repräsentanten jüdischer Organisationen statt, wenngleich zwei Vertreter teilnahmen. Entgegen den öffentlichen Verlautbarungen des EMUC gab es bei diesem Treffen auch keinen Dissens unter den Experten über die von den Autoren - auf Bitten des EMUC - vorgenommene Definition des Antisemitismus, insbesondere nicht mit den jüdischen Vertretern.

Nachdem ein Mitarbeiter des EMUC die Autoren im Frühjahr 2003 telefonisch davon in Kenntnis gesetzt hatte, dass die Studie wohl nicht veröffentlicht werden würde, traf Juliane Wetzel im Juni am Rande der OSZE-Konferenz zum Antisemitismus in Wien im Juni 2003 die Direktorin des EMUC, Beate Winkler, die eine mögliche Veröffentlichung des Berichts noch immer in Aussicht stellte. Bis heute hat das Zentrum für Antisemitismusforschung keine offizielle Nachricht darüber erhalten, dass die Studie nicht publiziert wird. Inzwischen allerdings haben der World Jewish Congress, die Vereinigung der Jüdischen Gemeinden Frankreichs und der EU-Abgeordnete Daniel Cohn-Bendit sowie einige internationale Presseorgane die Studie auf ihren Webseiten zugänglich gemacht. Am 4. Dezember schließlich stellte auch das EMUC die Studie ohne Zutun des Zentrums für Antisemitismusforschung ins Netz, allerdings ohne das Vorwort, gezeichnet von Beate Winkler und dem Vorsitzenden des Management Boards Bob Purkiss, das die Veröffentlichungsabsicht unterstreicht, die heute vom EMUC geleugnet wird. Zudem befindet sich auf der Homepage des EMUC eine Erklärung, die der Studie mangelnde Wissenschaftlichkeit und Datenbasis sowie unlautere Generalisierungen und falsche Vergleiche unterstellt. Verschiedene Presseorgane empfehlen deshalb die Studie über die Seite von Daniel Cohn-Bendit einzusehen, um ein vollständiges Bild zu erhalten, zumal noch weitere Passagen in der EMUC Version gestrichen wurden, in denen die Behörde die Ergebnisse der Studie unterstreicht. Dies ist vermutlich eine Reaktion auf den öffentlichen Druck, der durch die internationale Presseberichterstattung in den letzten Wochen über den Skandal der Nichtveröffentlichung entstanden ist. Auslöser des Medieninteresses war ein Artikel in der Financial Times (englische Ausgabe) am 16. November 2003, der die „Verschlussache“ aufdeckte.

Über die tatsächlichen Gründe, warum das EMUC die Studie unter Verschluss hielt, kann letztlich nur gemutmaßt werden. Zum einen ist dies wohl den Ergebnissen der Studie geschuldet, die in den Ländern Frankreich, Belgien, den Niederlanden und Großbritannien häufig jugendliche Muslime arabischen bzw. nord-afrikanischen Ursprungs als Täter antisemitischer Übergriffe benennt, gleichzeitig jedoch feststellt, dass diese Gruppen selbst unter massiven Diskriminierungen leiden, am Rande der Gesellschaft leben und einen Sündenbock für ihre schlechte Lebenssituation suchen. Da das EMUC sich mit Recht seit Jahren darum bemüht, diese Missstände aufzuzeigen, und einen wesentlichen Teil seiner Arbeit der Entwicklung von Strategien gegen die Islamophobie widmet, sieht es seine Initiativen nun gefährdet. Ziel einer wissenschaftlichen Studie kann es jedoch nicht sein, auf solche politischen Intentionen Rücksicht zu nehmen, im Gegenteil, Wissenschaftler sind dazu angehalten, die Fakten zu erforschen und zu präsentieren, die der Politik als Basis dienen. Unbequem scheint auch die Benennung von antisemitischen Tendenzen in einigen linken Gruppierungen bzw. im Umfeld der Globalisierungsgegner zu sein, die die Grenze zwischen einer durchaus legitimen Kritik an der israelischen Politik hin zu einer Instrumentalisierung von antisemitischen Stereotypen im Kampf gegen eine „imperialistische, kapitalistische Besatzungsmacht“ überschreiten. Sie benutzen den Vergleich mit dem nationalsozialistischen Genozid, um Israel zu diffamieren bzw. machen die jüdische Bevölkerung in anderen Ländern verantwortlich für die Politik Israels im Nahostkonflikt. Solche antisemitischen Stereotypen waren etwa bei pro-palästinensischen Demonstrationen in einigen EU-Ländern evident. Diese Vorurteile sind im übrigen auch bis in die Mitte der Gesellschaft hinein verbreitet. Ungeachtet dieser Entwicklungen, die nicht erst 2002 offenkundig wurden, sondern in manchen Ländern bereits während des Sechs-Tage-Krieges 1967 zu beobachten waren, sind in einer Reihe von EU-Ländern, so auch in Deutschland, auch weiterhin überwiegend rechtsextreme Gruppierungen und Einzelpersonen verantwortlich für gewalttätige antisemitische Übergriffe.

Einiges spricht dafür, dass nicht nur Ergebnisse der Studie zur Nichtveröffentlichung geführt haben, sondern auch politische Einflussnahmen verschiedener EU-Länder auf ihre Management Board-Mitglieder, denn die Studie ist in der entscheidenden Sitzung keineswegs von allen EU-Staaten abgelehnt worden. Das EMUC selbst versucht in einer sich wissenschaftlich gebenden Erklärung, Gründe für die unterliebene Veröffentlichung zu nennen. Zudem hatte es in einer früheren Presseerklärung den Eindruck erweckt, das Board bestünde aus ausgewiesenen Experten für das Thema, während seine Mitglieder weit überwiegend aus Politik und Verwaltung stammen.

### Politik und Wissenschaft Zu den Methoden und Ergebnissen der umstrittenen Antisemitismusstudie

Gegenüber den diskreditierenden Erklärungen des EMUC stellt das Zentrum für Antisemitismusforschung fest:

#### Daten

Die vom EMUC erarbeitete Datenbasis, die in der Tat nur einen kurzen Zeitraum und für einige Länder auch eine geringe Qualität aufwies, wurde mit einer Fülle zusätzlicher Daten für den Zeitraum von Januar bis Juni 2002 erweitert, jeder der einzelnen Länderartikel erhielt einen mehrere Jahre zurückreichenden Rahmen, der z. T. auf dem sehr verlässlichen Informationen des Antisemitism World Report (Stephen Roth Institute, Tel Aviv) basiert. Die vom EMUC gelieferten Daten für den Untersuchungszeitraum bilden also keineswegs allein die Basis für die zusammenfassenden Überlegungen. Beim Antisemitismus handelt es sich um ein Phänomen, das im Frühjahr 2002 nicht zum ersten Mal in Europa aufgetreten ist. Das Zentrum für Antisemitismusforschung und zahlreiche andere Forscher haben es seit Jahrzehnten empirisch untersucht. Diese Forschungsergebnisse bilden eine weitere Grundlage für die Studie und die Analyse der antisemitischen Welle, so dass in der Wissenschaft wohl begründete Zusammenhänge, etwa zwischen anti-amerikanischen und antisemitischen Einstellungen, einbezogen wurden. Der Report trifft Aussagen über „Manifestations of anti-Semitism“ und ist keine Gesamtanalyse des Antisemitismus in der EU.

#### Definitionen

In der Frage der Definition von Antisemitismus, die Teil eines öffentlichen Meinungskampfes ist, wird es immer Zweifelsfälle bei ihrer Anwendung auf Einzelfälle geben. Wenn das EMUC den Autoren eine inkonsistente Verwendung des Begriffs unterstellt, so gilt es festzuhalten, dass das EMUC selbst seinen National „Focal Points“ für ihre Datensammlung keine Definition vorgeben hatte, so dass jedes Land zunächst seiner eigenen Definition bei der Datensammlung gefolgt ist. Auch hier haben die Autoren die schlechte Vorarbeit des EMUC, das ja noch nie zuvor eine Studie zum Antisemitismus betreut hat, so gut wie möglich auszugleichen gesucht. Dass es bei der Vielzahl der berichteten Ereignisse auch einzelne Fälle gibt, über deren antisemitischen Charakter man streiten kann, spricht nicht gegen die Arbeit. Die vom Zentrum für Antisemitismusforschung zugrunde gelegte Definition von Antisemitismus verknüpft, auf der Basis eigener Forschung, die Definitionen von zwei international renommierten Antisemitismusforschern (Helen Fein, New York, Dietz Bering, Universität Köln) und stellt keineswegs eine besonders „weite“ Definition des Phänomens dar, wie das EMUC immer wieder insinuiert hat.

Die Behauptung des EMUC, dass „Verbindungen zwischen Antizionismus, Kritik der israelischen Politik und Antiamerikanismus zu einer Konfusion führen“, zeigt einmal mehr, dass es keine wirklichen Kenntnisse über die Antisemitismusforschung besitzt, denn die genannten Phänomene gehören ganz eng in den ideologischen Kontext des Antisemitismus, sei es dass sie eine gemeinsame ideologische Schnittmenge haben (vgl. dazu u.a. die Werke von Dan Diner, Verkehrte Welten, Antiamerikanismus in Deutschland, Frankfurt a. M. 1992 bzw. Feindbild Amerika, München 2002), sei es dass die Kritik an Israels Politik für Antisemiten Anlass zur Äußerung ihrer latenten Einstellungen liefert, sei es dass die Autoren durch die Angabe zusätzlicher Abgrenzungskriterien versucht haben, möglichst klare und nachvollziehbare Grenzen zwischen Antisemitismus und legitimer Israelkritik zu ziehen. Alle Länderberichte der „National Focal Points“ enthielten im übrigen längere Erörterungen gerade über die in der öffentlichen Debatte des jeweiligen Landes problematisierten Grenzziehungen von Kritik an Israels Politik und Antisemitismus. Dass wir diese Begriffe abzugrenzen suchen, trägt zur Klärung und nicht zur Konfusion bei. Das EMUC selbst hat uns aufgefordert, Kriterien für diese Abgrenzung zu formulieren.

#### Kausale Zusammenhänge

Das EMUC behauptet, die Autoren der Studie würden unbelegte Aussagen über kausale Zusammenhänge von „nationaler Außenpolitik/außenpolitischen Diskursen und Antisemitismus“ vornehmen. Im ersten der kritisierten Fälle ist der behauptete Zusammenhang in mehreren Ländern deutlich nachweisbar: Die Bedrohlichkeit der Situation, so wird es von vielen jüdischen Gemeinden berichtet, ergab sich gerade dadurch, dass es nicht nur Übergriffe gab, sondern dass sich auch in den Medien, in Demonstrationen und in der öffentlichen Meinung in der Israelkritik antisemitische Züge zeigten. Der Eindruck, Unterstützung für die eigene Einstellung zu haben, verändert die „politische Gelegenheitsstruktur“ für Antisemiten, die sich in ihrer Einstellung bestätigt sehen. Es war gerade die Breite und Heftigkeit der Kritik an Israel im Frühjahr 2002, die zudem häufig an die Juden des eigenen Landes gerichtet wurde, die zum „beängstigenden Charakter der Situation“ beigetragen hat. Das macht diese Kritik keineswegs illegitim, doch kann sie dennoch objektiv diese bedrohliche Wirkung entfalten haben. Ein ähnlicher Zusammenhang zwischen einer öffentlichen Debatte und Medienberichterstattung über die Zuwanderung und die Änderung der Asylgesetzgebung mit einer Welle fremdenfeindlicher Gewalt in den frühen 90er Jahren ist für Deutschland empirisch belegt (Hans-Bernd Brosius/Frank Esser, Eskalation durch Berichterstattung. Massenmedien und fremdenfeindliche Gewalt, Opladen 1995, Thomas Ohlemacher, Xenophobia in Reunified Germany, Public Opinion and Violence against Foreigners in Reunified Germany, Zeitschrift für Soziologie 23, 1994).

Vom EMUC wurde auch die folgende Feststellung bestritten: „Die Annahme einer engen Verbindung zwischen Israel und den USA stellt ein weiteres Motiv für eine antisemitische Haltung dar.“ (S.10 der Studie). Als Beleg für diese Annahme kann auf die im Bericht erwähnte Demonstration gegen den Internationalen Währungsfonds in Davos verwiesen werden, auf der Kritiker des IWF in den Masken von US-Verteidigungsminister Rumsfeld und Premierminister Sharon das „goldene Kalb“ umtanzen. Israel dürfte kaum zu den bedeutenden Staaten der Weltwirtschaft zählen, dennoch wird es durch seine enge Verbindung mit den USA hier herausgegriffen und beide Staaten werden mit dem alten antisemitischen Stereotyp der Geldgier („Tanx ums goldene Kalb) assoziiert, ein Bild, das in zahllosen antijüdischen Karikaturen des 19./20. Jahrhunderts verendet wird. Dass die engen Beziehungen zwischen Israel und den USA in Gruppen der extremen Linken sowie in islamistischen Gruppen zu einem Israel-Bild mit antisemitischen Zügen führt (Israel als Brückenkopf des US-Imperialismus bzw. als Träger dekadenter westlicher Werte) lässt sich anhand zahlreicher Schriften und Verlautbarungen aus diesen Kreisen belegen.

#### Generalisierungen

Den Vorwurf, durch die Verwendung von Begriffen wie „Arab/North African Muslim immigrants“, „young muslims“ u. ä. würde suggeriert, Antisemitismus sei endemisch unter dieser Gruppen, weisen die Autoren der Studie auf das Schärfste zurück. Er unterstellt implizit Islamophobie. Genau dieselben Kategorisierungen verwenden im übrigen die vom EMUC bereit gestellten Länderberichte, die oft keine genaueren Angaben von einer unterirdischen Zuordnung enthalten. Wenn man aus einer Vielzahl von einzelnen Vorkommnissen Schlüsse ziehen soll, und gerade dies war Aufgabe der Studie, dann kann nicht jeder Täter namentlich oder als einer ganz spezifischen Gruppe zugehörig kategorisiert werden. Wer den Report insgesamt liest, wird bemerken, dass er immer betont, dass es sich um eine „kleine Zahl“, einen „Teil“ oder eine „Minderheit“ von Angehörigen einer ethnischen oder religiösen Gruppenkategorie handelt, dass jeweils auch die Fälle von Kooperation zwischen jüdischen und muslimischen Einrichtungen angeführt werden und dass häufig der Protest muslimischer Organisationen gegen die antisemitischen Vorfälle dagegen gesetzt wird, um zu einem balancierten Bild zu kommen. Im übrigen werden solche Differenzierungen nicht für andere Kategorisierungen wie Rechts- oder Linksextremismus eingefordert, obwohl es sich ja hier auch um hochgradige Generalisierungen handelt.

Inzwischen ist in zahlreichen internationalen Presseorganen die Seriosität der Studie bestritten worden, so heißt es in „Die Zeit“ (50/2003): „Die Studie, die inzwischen im Internet zu lesen ist, belegt gewissenhaft und ohne jeden alarmistischen Zungenschlag, dass antijüdische Gewaltakte in Europa in wachsendem Umfang nicht nur von ‚angestammten‘ Rechtsextremisten, sondern auch von – zumeist jugendlichen – radikalen Islamisten begangen werden. Mehr noch, die Studie macht deutlich, dass dieser islamistische Judenhass keineswegs bloß eine Reaktion auf die israelische Besatzungspolitik in Palästina ist, sondern auf einer festgefügtten antisemitischen Weltanschauung gründet.“

Als besonderer Erfolg der öffentlichen Debatte über die Studie ist die Meldung aus der Frankfurter Rundschau vom 8. Dezember zu werten, dass die Vorsitzenden von zwei der größten islamischen Interessenverbänden in Deutschland, Nadeem Elyas und Ali Kizilkaya, die Studie als Anregung zu einer intensiven Diskussion über das Thema Antisemitismus unter Muslimen begrüßen: „Elyas etwa, der dem Zentralrat der Muslime in Deutschland (ZMD) vorsteht, räumt ein, dass antijüdisches Gedankengut in arabisch-islamischen Kreisen ‚latent schon immer präsent war‘. Der ZMD vertritt etwa 500 Moscheegemeinden und hat 19 Mitgliedsorganisationen - auch mehrere mit arabischem Hintergrund, die der Nahostkonflikt besonders umtreibt. Kritik an der Politik von Israels Regierung müsse erlaubt sein, sagt Elyas im FR-Gespräch, ‚aber nicht pauschalisierende Vorwürfe gegen ‚die Juden‘. Gegen jüdenfeindliche Äußerungen etwa in Freitagsgebeten sei der Zentralrat wiederholt vorgegangen. Jetzt fragt man sich, ob das reicht. Elyas begrüßt die Studie des Zentrums für Antisemitismusforschung jedenfalls und will sie im ZMD-Vorstand zum Thema machen. Ihm schwebt vor, den Problembereich von Terrorismus, Rassismus und Antisemitismus per Offenem Brief an die Mitgliedsgemeinden anzusprechen: Um gegenzusteuern, ‚brauchen wir Debatten und eventuell Bildungsangebote‘. Er schließt nicht aus, dass Ausgrenzungserfahrungen in Deutschland junge Muslime radikalisieren – ‚das kann aber keine Entschuldigung für Antisemitismus sein‘. Beim Interkulturellen Rat Deutschland, der den interreligiösen Dialog vorantreibt, erbet man wachsendes Interesse von Muslimen an Kontakten zu jüdischen Gemeinden. Zugleich hätten die Verhältnisse zunehmend mit latentem Antisemitismus an der Basis zu kämpfen.“

### Juden im Untergrund und ihre Helfer im NS-Staat

Am 4. November 2003 wurde der von Wolfgang Benz herausgegebene Sammelband „Überleben im Dritten Reich. Juden im Untergrund und ihre Helfer“ (München 2003, C.H. Beck Verlag, ISBN 3-406-51029-9, Euro 24,90) im Literaturhaus München mit den Autorinnen Karin Friedrich, Cornelia Schmalz-Jacobsen und Charlotte Knobloch, deren Überlebensgeschichte im Buch beschrieben wird, erstmals vorstellt (Veranstalter waren das Kulturzentrum der Israelitischen Kultusgemeinde München, die Stiftung Literaturhaus, der C.H. Beck Verlag). Ein ebenso zahlreiches Publikum besuchte am 9. Dezember die Buchpräsentation im Jüdischen Museum in Berlin, das zusammen mit dem C.H. Beck Verlag zu der Veranstaltung geladen hatte. Nach einer Einführung des Bundespräsidenten Wolfgang Thierse, der vor allem den Mut und die Zivilcourage der Retter hervorhob, Tugend, die auch heute mehr denn je gefragt seien, und einer Begrüßung des Verlegers Wolfgang Beck präsentierten der Herausgeber den Band mit Lesungen aus den Beiträgen des Bandes. Im Mittelpunkt standen Helfer und Retter in Berlin. Sechs Autoren gaben einen Einblick in die Vielfalt der Überlebenswege und das Handeln von Helfern aus unterschiedlichsten sozialen Schichten, die nicht nur selbstlos, sondern durchaus auch aus eigennützigsten Motiven handelten.

Wolfgang Benz (Hrsg.), *Überleben im Dritten Reich. Juden im Untergrund und ihre Helfer* (München 2003, C.H. Beck Verlag, ISBN 3-406-51029-9, Euro 24,90)

### Überleben unter der Erde

Die jüngste Publikation des Zentrums für Antisemitismusforschung erscheint soeben: **Guta Trokenheim, Überleben unter der Erde. Erinnerungen einer polnischen Jüdin. Mit einem Vorwort von Mona Körte (Berlin 2003, Metzner Verlag 2003, Euro 18.-). Am 18. Dezember 2003, um 20.00 stellen es Wolfgang Benz und Mona Körte in der Reihe „Lebenszeitnisse“ im Literaturforum im Brecht-Haus, Chausseestr. 125, 10115 Berlin, vor.**

Die 1909 in Polen geborene Guta Trokenheim wird im Zuge der Antisemitismusforschung, hat im Sommersemester 2003 sein Habilitationsschrift "Gottesfeinde - Menschenfeinde. Vorstellungen von jüdischer Weltverschöpfung 13.-16. Jahrhundert" wird 2004 im Druck vorliegen. Im akademischen Jahr 2003/04 ist er Friedrich Klossens-Fellow am Institute for Research in the Humanities, University of Wisconsin, Madison. Er arbeitet an einem Projekt zur Kontinuitätendiskussion in der historischen Antisemitismusforschung.

### Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus in Deutschland und Ungarn

#### András Kovács als Humboldt-Stipendiat am Zentrum für Antisemitismusforschung

Der Budapest Professor András Kovács wird vom Januar bis Juni 2004 als Stipendiat der Alexander von Humboldt-Stiftung sein vergleichendes Forschungsprojekt zu Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus in Deutschland und Ungarn am Zentrum für Antisemitismusforschung durchführen. Ziel der Studie ist eine Analyse der Daten verschiedener Antisemitismus- und Xenophobie-Untersuchungen, die sich auf bereits vorliegendes empirisches Material stützen kann. Durch den Vergleich der Daten über einen längeren Zeitraum soll nicht nur ein Überblick über das Vorurteilpotential in beiden Ländern erstellt, sondern auch die ihr immanente Dynamik und schließlich die Unterschiede zwischen den kausalen Hintergründen der Vorurteile in Deutschland und Ungarn herausgearbeitet werden.

Verantwortlich: Prof. Dr. Wolfgang Benz

Redaktion: Dr. Juliane Wetzel

Adresse:

Zentrum für Antisemitismusforschung, TU Berlin

Ernst-Reuter-Platz 7, 9. OG.

D-10587 Berlin

Tel: (030) 314-21397 bzw. (030) 314-23154

Fax: (030) 314-21136

e-mail: [wetz0154@mailbox.TU-Berlin.de](mailto:wetz0154@mailbox.TU-Berlin.de)

Abdruck gegen Belegexemplar